

Positionen der Partei DIE LINKE in MV zu den Forderungen des Landkreistages MV an die Landesregierung und den Landtag in der achten Wahlperiode 2021-2026

1.Übertragene Landesaufgaben tarifgerecht bezahlen

DIE LINKE setzt sich für eine tarifgerechte Bezahlung ein. Beim Ausgleich der Kosten für übertragene Aufgaben sind Tarifierhöhungen zwingend zu berücksichtigen. Der Erstattungsbeitrag des Landes muss automatisch angepasst werden.

2.Kommunale Hilfen des Bundes vollständig an Landkreise und Gemeinden weiterreichen

Diese Forderung teilen wir uneingeschränkt. Mittel des Bundes, die über die Länder den Kommunen zu Gute kommen sollen, sind vollständig durchzureichen.

3.Behördengänge sparen – Digitalisierungsmittel im kommunalen Bereich einsetzen

Selbstverständlich sind kommunale Aufgaben (Übertragungen) auskömmlich zu finanzieren; hier ist aber nicht das Geld das alleinige Problem. Um die Steuerung, Koordinierung und Abstimmung der beteiligten Ebenen nachhaltig und verbindlich zu verbessern, sollte auch über die Sinnhaftigkeit der Schaffung eines Landesgesetzes zur Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes nachgedacht werden.

4.Barrieren wegschaffen – Teilhabe und Inklusion leben

Das Land ist auf dem Weg zur Inklusion noch nicht in erforderlicher Weise vorangekommen. Gesetze und Maßnahmenpläne bilden oft einen Minimalkonsens zu bestehenden Bundesgesetzen und der UN-Behindertenrechtskonvention. Es fehlt ein Konzept für ein strategisches Vorgehen mit überprüfbaren Maßnahmen zum Erreichen der inklusiven Gesellschaft. DIE LINKE setzt sich für mehr Bewusstseinsbildung und Verpflichtung zur Inklusion auf allen Ebenen ein. Die Ausfinanzierung ist dabei für die Umsetzung der Maßnahmen elementar. Mehrbelastungen der Kommunen sind vollständig auszugleichen.

5.(Wieder-)einstieg in den Arbeitsmarkt nach „Corona“ ermöglichen und Ausbildungsplatzgarantie

Viele Menschen, die in den zurückliegenden Monaten infolge der Krise ihre Arbeit verloren haben, aber auch vielen Soloselbständigen, droht der Absturz in Hartz IV, wenn sie nicht schon dort gelandet sind. Ja, es ist daher alles zu tun, dass sie nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen. U.a. ist es erforderlich, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes zu verlängern und für Qualifizierung und Beschäftigungsförderung die BA und die im Land verbliebenen Beschäftigungsträger ausreichend zu finanzieren. Zudem wollen wir eine bessere Ausstattung der Berufsschulen, eine bessere Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung, Jugendberufsagenturen und der Schülerfirmen, die Sicherung

und Weiterentwicklung der Produktionsschulen. Dazu hat DIE LINKE ein Produktionsschulgesetz vorgelegt. DIE LINKE unterstützt den Vorschlag des Landkreistages, jedem Jugendlichen, der erfolglos eine Ausbildung sucht, eine Ausbildungsstelle zu garantieren.

6. Wirtschaftsförderung nach Betroffenheit und Zukunftschancen

Selbstverständlich sollten öffentliche Mittel, auch im Rahmen der Wirtschaftsförderung, immer mit Augenmaß eingesetzt werden. Zu den wichtigen Kriterien der Wirtschaftsförderung gehören für uns als LINKE gute Arbeit (Tarifbindung, Ausbildung, Ausschluss prekärer Arbeit), Klimaschutz, regionale Wertschöpfung, damit also auch Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit.

7. Corona zeigt's: zentrale Rolle der Gesundheitsämter im Infektionsschutz

Die Gesundheitsämter wurden in den letzten zehn Jahren in MV kaputtgespart und konnten schon vor der Pandemie ihre gesetzlichen Aufgaben nicht erfüllen. DIE LINKE hat das dies seit langem kritisiert. Die Anschlussfinanzierung der vom Bund zusätzlich ermöglichten Stellen wird auch von uns gefordert. Darüber hinaus muss der ÖGD nicht nur personell, sondern auch technisch und strukturell zukunftsfähig gemacht werden. Die Kosten für neue Aufgaben sind auch künftig vollständig auszugleichen.

8. Ärztinnen und Ärzte für das Land gewinnen und halten

Seit Jahren kritisiert DIE LINKE, dass zu wenig getan wird, um dem Fachkräftemangel an medizinischem ärztlichen sowie nichtärztlichem Personal entgegenzuwirken. Das Landarztgesetz kam zu spät, eine Ausweitung desselben und eine Aufstockung der Studienplätze für andere Medizinberufe wurde von der Landesregierung abgelehnt. Als Notlösung wurde noch schnell die Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in MV“ installiert. Die nächste Landesregierung muss sich hier deutliche Schritte gehen und sich daran messen lassen, wie sie die Forderungen umsetzt.

9. Reform der Notfallversorgung – Operation am falschen Patienten

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Beibehaltung der Organisationshoheit der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Notfallversorgung. Im August 2019 haben wir mit einem Vorschlag zur Änderung des Rettungsgesetzes angeregt, die Ausnahmeregelungen zum europäischen Vergaberecht zu implementieren. So sollte die Gemeinwohlorientierung gesichert und der Rettungsdienst vor Unternehmen mit Gewinnerzielungsabsicht geschützt werden. Ziel muss es sein, auch weiterhin in MV flächendeckend einen leistungsfähigen Rettungsdienst zu sichern.

10. Die Leitstelle als erster Ansprechpartner in der Notfallrettung

Die Forderungen bezüglich der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter/innen unterstützen wir.

11. Kinder- und Jugendmedizin in Krankenhäusern auf stabile Finanzierungsgrundlage stellen

DIE LINKE unterstützt die Forderung der Landkreise. Wir haben uns sowohl für die Herauslösung der Kinder- und Jugendmedizin als auch der Geburtshilfe und Gynäkologie aus dem DRG-System ausgesprochen und die Krankenhausfinanzierung insgesamt hinterfragt. Wir sagen, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung, einschl. der Krankenhausversorgung, zum Bereich der Daseinsvorsorge. Dabei darf die Gewinnerzielung nicht im Vordergrund stehen. Gewinnausschüttungen sind zu begrenzen, denn dieser Bereich wird mit beträchtlichen Steuermitteln gefördert. Die medizinische Indikation darf nicht gegen ökonomische Interessen ausgespielt werden.

12. Pflegekosten steigen ungebremst – Landkreise fordern Reformen

Bis 2035 steigt die Zahl der Pflegebedürftigen in MV auf schätzungsweise 140.000. Der Mangel an Pflegepersonal verschärft sich. Deshalb brauchen wir eine Pflegebedarfsplanung, mehr Ausbildungsplätze, verbesserte Arbeitsbedingungen und höhere Löhne sowie die Qualifizierung und der erleichterte Einsatz von ausländischen Pflegekräften. DIE LINKE setzt sich vehement für die deutliche Senkung und Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen in Pflegeeinrichtungen ein. Wir wollen, dass die pflegebedingten Kosten vollständig durch die Pflegeversicherung (eine solidarische, in die alle einzahlen) und die Investitionskosten durch das Land übernommen werden. Höhere Personalkosten und Ausbildungsumlagen dürfen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen gehen.

13. Im Seuchenfall nur zusammen stark

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Landkreistages im Zusammenhang mit der Bekämpfung der afrikanischen Schweinepest.

14. Lebensmittelüberwachung als wesentliche Säule des Verbraucherschutzes

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Lebensmittelüberwachung und die dafür zuständigen Ämter deutlich zu stärken. Der vorbeugende gesundheitliche Verbraucherschutz muss oberste Priorität haben. Verpflichtende Kontrollen dürfen nicht reduziert werden.

15. Mehr Lebensqualität im ländlichen Raum – Anbindung aller Dörfer und kleineren Städte bedarfsorientiert im Ein- bis Zwei-Stunden-Takt an den ÖPNV

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für einen gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr ein, der bezahlbar und schrittweise kostenfrei nutzbar sein soll. Ohne umweltfreundliche Verkehrswende sind Klimaschutzziele nicht zu erreichen. Vor allem aber ist Mobilität und deren Sicherung ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge und für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz M-V unverzichtbar. Der ÖPNV sowie die Einbindung des Rad- und Fußgängerverkehrs haben oberste Priorität. Wir wollen ein Netz des ÖPNV, das alle Landesteile erreicht und verbindet – mit der Bahn als Rückgrat, verknüpft mit Bus, Rufbus und Fahrrad. Dieses Netz soll möglichst im Stundentakt, höchstens in den Randzeiten zweistündig mit abgestimmten Fahrplänen bedient werden und auch jedes Dorf anbinden.

16. Mecklenburg-Vorpommern bereisen mit einem Ticket

Wie in anderen Bundesländern selbstverständlich, muss es auch in M-V möglich sein, mit einer Fahrkarte durch das ganze Land zu fahren. Wir brauchen ein einfaches Tarif-, Auskunfts- und Fahrscheinsystem. Wir wollen einen Landesverkehrsverbund, in dem alle Partner kooperieren und unkompliziertes Umsteigen von einem Verkehrsmittel in ein anderes möglich ist.

17. Mehr Klasse statt Masse – Qualität in der Kindertagesförderung ausbauen

Die Forderungen des Landkreistages teilt DIE LINKE. Die Einführung der Elternbeitragsfreiheit war ein längst überfälliger Schritt, der aber nicht zu Lasten der Qualität gehen darf. Neben einer verbesserten Fachkraft-Kind-Relation fordern wir einen landesweiten Mindestpersonalschlüssel. Wir brauchen eine wirklich belastbare Ausbildungsplatzplanung, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Die Bildungsstätte „Schabernack e.V.“ muss bedarfsgerecht ausgestattet sein.

Mehr Aufmerksamkeit ist auch der Kindertagespflege zu widmen. Die Regelungen zu Vergütung von Tagespflegepersonen und zur Erstattung von Sachkosten müssen angepasst werden.

18. Die Jugend- und Schulsozialarbeit in einer gemeinsamen Strategie von Land und Kommunen auf feste Füße stellen

Die Forderungen des Landkreistages teilt DIE LINKE uneingeschränkt. Zwar ist die Jugendsozialarbeit grundsätzlich kommunale Aufgabe, aber das Land hat einen Förderauftrag, dem es nicht in ausreichendem Maße nachkommt. Wir wollen die als Grundlage für die Förderung dienende Alterskohorte auf die 6 bis 26-Jährigen ausweiten. Es ist eine Altersgruppe, die die Jugendhilfe in Anspruch nimmt. Die Landesförderung muss für öffentliche Träger auf 10,22 Euro und für freie Träger auf 15,00 Euro pro Kopf erhöht werden.

Die Schulsozialarbeit ist seit Jahren unterfinanziert. Ziel muss ein Schlüssel von einem

Schulsozialarbeiter auf 150 Schüler sein (aktuell 1:502). Problematisch ist auch die Finanzierung aus vielen Töpfen, die bürokratische und aufwendige ESF-Förderung sowie die Befristungen. So gelingt es nicht, gute Fachkräfte im Land zu halten. Schulsozialarbeit ist unbedingt auskömmlich aus Landesmitteln und aus einem Topf zu finanzieren.

19. Wölfe halten sich nicht an Kreisgrenzen – Das Land muss handeln

DIE LINKE ist auch der Auffassung, dass die Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen von Zugriffsverboten nach § 44 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes selbstverständlich landesweit gilt. Deshalb sehen wir die obere Naturschutzbehörde (LUNG) und im Rahmen der Fach- und Dienstaufsicht auch die oberste Naturschutzbehörde in der Verantwortung zur Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für den Wolf. Dies würde auch Rechtssicherheit für die unteren Naturschutzbehörden schaffen.

20. Sauberes Wasser als Lebensgrundlage erhalten

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, das Bewirtschaftungsverbot im Rahmen einer längst überfälligen Novelle des Landeswassergesetzes auf einen 10 m-Gewässerrandstreifen auszudehnen. Dies soll nicht nur zu einer deutlichen Reduzierung von Schadstoffeinträgen dienen, sondern zugleich ein wichtiger Beitrag zur Reduktion der Eutrophierung der Ostsee und der Oberflächengewässer in Mecklenburg-Vorpommern leisten. Diese Umweltleistung der Landwirtschaft muss aber im Rahmen der GAP-Agrarzahlungen und begleitend durch Landesprogramme vergütet und eventuelle Verluste der landwirtschaftlichen Betriebe ausgeglichen werden.